

Gemeinsame Presseinformation

Datum: 31.08.2026

Herausgeber: Landratsamt Altötting / Bündnis Vereinte Waldfreunde AÖ

Intensiver und kritischer Austausch zum geplanten Windkraftprojekt im Altöttinger Bannwald und Burghauser Forst

Landrat Dr. Tobias Windhorst und Fachvertreter des Landratsamtes Altötting sind kürzlich mit Vertretern des Bündnisses „Vereinte Waldfreunde AÖ“ (Zusammenschluss von vier regionalen Bürgerinitiativen) zu einem gemeinsamen Austausch zusammengekommen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Bedenken der Bürgerinitiativen bezüglich des laufenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das geplante Windkraftprojekt im Altöttinger und Burghauser Forst. Insbesondere der Schutz des Trinkwassers sowie die Handhabung des PFOA-belasteten Erdaushubs **gemäß den speziell für die Region Altötting angepassten PFOA-Leitlinien** unter Berücksichtigung des Besorgnisgrundsatzes nach § 48 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) waren Gegenstand des Austausches.

Die Initiativen sprachen sich dafür aus, sensible Bereiche wie Bannwälder und Trinkwasserschutzzonen grundsätzlich vor industriellen Eingriffen zu schützen. Auch die Sicherheitsleistungen für den Rückbau, inklusive der Entsorgungskosten für PFOA-Aushub, sowie die Thematik der TFA-Einleitung in die Alz aus dem Industriepark Gendorf wurden kritisch angesprochen. Zudem baten die Initiativen um eine durchgehend transparente und zeitnahe Information der Öffentlichkeit.

Die Vertreter der Vereinten Waldfreunde AÖ unterstrichen nachdrücklich: *„Der Schutz unseres Trinkwassers, unserer Wälder und die Gesundheit der Bevölkerung muss schwerer wiegen als der wirtschaftliche Druck eines Großinvestors.“* **Aus Sicht der Initiativen hätten die neuen PFOA-Leitlinien sensible Schutzgebiete wie Bannwälder und Trinkwasserschutzzonen daher von vornherein ausklammern müssen.**

Das Landratsamt stellte klar, dass die Genehmigungsbehörde an die gesetzlichen Vorgaben gebunden ist und streng nach geltendem Recht agiert. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt auf der Grundlage der rechtlichen Prüfungen sowie der Stellungnahmen der zuständigen Fachbehörden.

Landrat Dr. Tobias Windhorst betonte: *„Der Dialog mit allen Beteiligten ist wichtig. Ziel muss es sein, die bestehenden Herausforderungen offen anzugehen und Informationen auszutauschen. Als Genehmigungsbehörde arbeiten wir strikt nach den gesetzlichen Vorgaben.“*

Obwohl die Standpunkte in Teilen unterschiedlich bewertet werden und das Bündnis der Bürgerinitiativen die behördliche Vorgehensweise in wesentlichen Punkten weiterhin hinterfragt, vereinbarten die Beteiligten, den Informationsaustausch im Sinne der Transparenz fortzusetzen.